

Zusammenfassung relevanter Inhalte zur Geburtshilfe der Wahlprogramme für die Bundestagswahl 2025



Stand: 14.02.2025

Zusammenfassung der Inhalte rund um Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett sowie Hebammenversorgung über alle Parteien hinweg:

Das Ziel von Änderungen rund um Geburt/Geburtshilfe oder Frauengesundheit wird bei allen Parteien angeführt, auch die Stärkung der Gesundheitsberufe ist Thema. Der Umfang und die Detailreife ist bei den einzelnen Parteien jedoch recht unterschiedlich, ebenso wurden einige Forderungen nur in Begleitpapieren und nicht in den aktuellen Wahlprogrammen veröffentlicht.

CDU/CSU und SPD äußern sich nicht zu konkreten Vorhaben im Bereich Geburtshilfe und Hebammenversorgung, sondern bleiben bei sehr allgemeinen Zielen. Auch BSW und Linke haben wenig konkrete Vorhaben aufgenommen. Vor allem Grüne und FDP äußern sich detaillierter zur Versorgung und zur Berufsgruppe Hebammen und nennen konkrete Projekte und Ziele. Die AfD hat das Thema Familiengründung und Frauengesundheit mit ihrem Familienbild und dem Ziel der Geburtensteigerung verknüpft und strebt einen Austritt aus der WHO an.

- Insgesamt, was angesichts der vorgezogenen Wahlen durchaus zu erwarten war, sind die **Wahlprogramme an vielen Stellen nicht sehr konkret**. Es bleibt bei allgemein gehaltenen Vorhaben wie Ambulanz und Klinik besser verzahnen, Notfallreform angehen, Grundversorgung erhalten, etc.
- Wenn es um **Berufsgruppen** geht, stehen vor allem Pflege und hausärztliche Versorgung im Fokus, teilweise auch Psychotherapie und Kinder- und Jugendmedizin. **Explizite Forderungen zur Berufsgruppe Hebammen** werden nur bei FDP und Grünen aufgegriffen, die BSW erwähnt den hebammengeführten Kreißaal, die Linke führt Hebammen auf bei den allgemeinen Forderungen zu Gesundheitsberufen.
- **Die Stärkung/Ausweitung der Kompetenzen/Entlastung der Gesundheitsberufe** wird bei CDU/CSU, SPD, Grünen, Linken angesprochen. Eine **bessere Personalbemessung** im Gesundheitsbereich allgemein wird bei SPD, Linken und Grünen erwähnt. CDU/CSU und AfD sprechen dies nur für bestimmte Berufsgruppen an. FDP geht auf den Betreuungsschlüssel im Bereich Hebammenversorgung ein.
- **Die ausführlichsten Forderungen zur Hebammenversorgung haben Grüne und FDP:**
 - **Die Grünen adressieren** attraktive Arbeitsbedingungen für Hebammen, gerechte Bezahlung, Förderung Hebammenkreißaal, Thema Gewalt in der Geburtshilfe, Hebammen im Bereich Prävention und flächendeckende Versorgung.
 - **Die FDP** hat auf ihrer Webseite eine Forderung "**Hebammenversorgung flächendeckend sichern**" ergänzt, die aber nicht im offiziellen Wahlprogramm aufgenommen wurde. Enthalten ist Hebammenversorgung insgesamt, bessere Arbeitsbedingungen und verbesserter Betreuungsschlüssel auf Geburtsstationen, Versicherungskosten freiberufliche Hebammen, Gewalt in der Geburtshilfe.
- **Frauengesundheit** oder geschlechtergerechte Gesundheit kommt bei CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen als eigenes Thema vor. Bei den Grünen wird hier auch auf das Thema Geburt und Hebammenversorgung verwiesen, die SPD kündigt unter diesem Punkt effektive Lösungen zum Thema Geburt an. Die Linke verweist unter der Überschrift Geschlechtergerechtigkeit ebenfalls auf das Thema Geburt.

- Interessant: SPD, CDU/CSU und FDP erwähnen konkret die **Frühen Hilfen**, SPD will bis zum Ende der Grundschule ausweiten, CDU/CSU sprechen von “Stärkung des Fonds” und von Familienhebammen, FDP von Dynamisierung
- Thema **Schwangerschaftsabbruch** weitestgehend wie zu erwarten: Grüne, SPD, Linke, BSW wollen § 218 abschaffen, CDU und AfD wollen ihn erhalten, FDP bleibt vage. Interessant: **FDP erwähnt explizit Hebammen für die Durchführung medikamentöser Schwangerschaftsabbrüche**
- Gestaffelter Mutterschutz und Mutterschutz für Selbstständige wird vielfach aufgegriffen

Relevante Ausschnitte aus den einzelnen Wahlprogrammen

CDU/CSU

- Mehr Eltern- und Familienbildung. **Wir bauen Beratungsangebote und Frühe Hilfen für Familien aus.** Dafür stärken wir den Fonds Frühe Hilfen und setzen uns für eine bessere Vernetzung bestehender Strukturen ein. **So erleichtern wir Familien, die auf Unterstützung angewiesen sind, den Zugang zu Familienhebammen** oder ehrenamtlichen Familienpatenschaften.
- **Paragraf 218 bleibt.** Die geltende Rechtslage zum Schwangerschaftsabbruch bildet einen mühsam gefundenen gesellschaftlichen Kompromiss ab, der das Selbstbestimmungsrecht der Frau und den Schutz des ungeborenen Kindes berücksichtigt. Zu dieser Rechtslage stehen wir.
- **Geburtshilfe und medizinische Versorgung von Kindern und Jugendlichen gestalten wir zukunftsfest um.** Familien müssen dort, wo sie wohnen, bestmögliche medizinische Versorgung erhalten.
- **Gesundheit von Frauen stärker in den Blick nehmen.** Bei Prävention, Entstehung, Diagnose, Therapie und der Erforschung von Erkrankungen bestehen zwischen Männern und Frauen zum Teil noch große Unterschiede. (...) Wir wollen geschlechtsspezifische Medizin stärker als bisher als eigenständiges Aufgabenfeld vorantreiben. Dazu braucht es Konzepte und Maßnahmen, die Frauen in Gesundheitsbildung, -förderung und -versorgung besser erreichen – unterstützt durch ein insgesamt differenziertes und geschlechtergerechtes Vorgehen in Forschung und Versorgung.
- Die stationäre Versorgung mit einer flächendeckenden Grund- und Regelversorgung insbesondere im ländlichen Raum sowie der erforderlichen Konzentration von spezialisierten Leistungen denken wir zusammen mit der ambulanten haus- und fachärztlichen Versorgung sowie den Leistungen der anderen **Gesundheitsberufe, die mehr Verantwortung für die Versorgung übernehmen sollen.** Ziel muss sein, einen kalten Strukturwandel in der Krankenhauslandschaft zu verhindern. Fehlsteuerungen in Folge der Krankenhausreform werden wir korrigieren.
- **Wir verbessern Elternzeit** und Elterngeld. Sie geben Familien mehr Zeit und unterstützen den Wunsch nach Aufgabenteilung.

SPD

- Wir wollen deshalb eine **Familienstartzeit** einführen. (...) Wir wollen einen gestaffelten **Mutterschutz** bei Fehlgeburten einführen. Wir halten es zudem für richtig, dass die nächste Bundesregierung ein Konzept für einen Mutterschutz für Selbstständige entwickelt.

- Wir wollen die **Frühen Hilfen** für Familien in belasteten Lebenslagen schrittweise bis zum Ende der Grundschulzeit ausweiten.
- Außerdem wollen wir den Zugang zu Versorgungsangeboten für **vulnerable Gruppen**, beispielsweise durch Gesundheitskioske, weiter ausbauen und unterschiedliche **gesundheitliche Bedürfnisse von Frauen** und Männern stärker berücksichtigen (...). Für Erkrankungen wie Endometriose und **Themen rund um Geburt und Wechseljahre werden wir gezielte Lösungen entwickelt.**
- Eine hohe Versorgungsqualität im Gesundheitswesen beginnt mit **guten Arbeitsbedingungen und einer bedarfsgerechten Personalausstattung in allen Bereichen** und allen Beschäftigtengruppen. Deshalb setzen wir uns weiterhin für **ordentliche Tarifverträge in Gesundheit und Pflege ein.**
- Wir wollen deshalb dafür sorgen, dass die **bedarfsgerechte Personalausstattung bundeseinheitlich für alle Beschäftigtengruppen** im Gesundheitswesen eingeführt wird.
- Darüber hinaus wollen wir die **Zusammenarbeit alle Gesundheitsberufe** stärken, mehr Durchlässigkeit schaffen und die Befugnisse von Pflegefachpersonen erweitern.
- Wir wollen, dass **Frauengesundheit** noch mehr Aufmerksamkeit bekommt. Wir schließen Datenlücken und verbessern die Versorgung etwa bei Endometriose, **Geburt**, Verhütungsmitteln und in den Wechseljahren, damit die Gesundheitsversorgung den spezifischen Bedürfnissen von Frauen gerecht wird.
- Wir werden **Schwangerschaftsabbrüche entkriminalisieren** und außerhalb des Strafrechts regeln – außer wenn sie gegen oder ohne den Willen der Schwangeren erfolgen. Wir wollen Schwangerschaftsabbrüche zu einem Teil der medizinischen Grundversorgung machen.

Grüne

- Wir wollen die **interdisziplinäre Zusammenarbeit** von Ärzt*innen und Angehörigen anderer Gesundheitsberufe wie zum Beispiel Community Health Nurses, **Hebammen** und Pflegekräfte weiter vorantreiben.
- *Erwähnung von Primärversorgungscentren, Gesundheitsregionen, Gesundheitskiosken: ...* und mit **Gesundheitsregionen** schaffen wir Verbünde von Krankenhäusern, niedergelassenen Ärzt*innen und Versorgungszentren, **in denen alle Gesundheitsberufe zusammenarbeiten.**
- In der **Geburtshilfe** werden wir die **flächendeckende Versorgung fördern** und **für alle Hebammen bessere Arbeitsbedingungen, eine gerechte Bezahlung** sowie für die zu Betreuenden größtmögliche Sicherheit schaffen. Wir setzen uns für den **Ausbau der hebammengeleiteten Kreißsäle** ein. Wir nehmen das Thema **Gewalt in der Geburtshilfe** ernst. Wir werden uns für Aus- und Weiterbildungen sowie eine **bessere Ausstattung der Geburtshilfeeinrichtungen** stark machen. Zu einer guten medizinischen Versorgung gehört, dass jede Frau **Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen** bekommt, um eine selbstbestimmte Entscheidung zu treffen.
- Selbstbestimmung über den eigenen Körper setzt ein **geschlechtergerechtes Gesundheitssystem** voraus: Forschung, Ausbildung und medizinische Praxis müssen geschlechtsspezifische Aspekte zur Verbesserung der Frauengesundheit, einschließlich der **Versorgung rund um die Geburt**, zwingend berücksichtigen. **Hebammen begleiten Frauen auf deren Wunsch durch alle Phasen der Schwangerschaft. Hebammenversorgung sollte deshalb allen Schwangeren ausreichend zur Verfügung stehen.** Auch im Gesundheitswesen wollen wir durch Quoten und bessere Arbeitsbedingungen mehr Frauen in die Führungsgremien holen.

- Wir werden mit einer **Familienstartzeit** (...) die Möglichkeit geben, sich die ersten zwei Wochen nach der Geburt eines Kindes mit einer Lohnersatzleistung von der Arbeit freizustellen. (...) Durch die Einführung eines **gestaffelten Mutterschutzes** wollen wir Frauen, die eine **Fehlgeburt** erleiden, besser unterstützen, wenn sie dies möchten. (...) Wir setzen uns dafür ein, dass **auch für Selbstständige die Wochen rund um die Geburt durch Mutterschaftsgeld** finanziell abgesichert werden.
- Eine **Verbesserung der Gesundheitskompetenz, insbesondere im Lebensbereich von Familien einschließlich der Geburt**, sehen wir als ein zentrales Anliegen.
- **Queere Menschen** haben ein Recht auf gute und diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung. (...) Wir ermöglichen den diskriminierungsfreien Zugang zu reproduktionsmedizinischen Leistungen für alle und **stärken die diskriminierungssensible Weiterbildung von Mitarbeitenden bei der Versorgung rund um Schwangerschaft und Geburt**.

FDP

- **Wir möchten durch eine geschlechtsspezifische Versorgung und optimale Diagnosen die Frauengesundheit verbessern.** So setzen wir uns für eine intensivere Erforschung von Krankheiten wie Endometriose, PCOS, Lipödem, Brustkrebs sowie geschlechtsspezifischer Unterschiede zwischen Männern und Frauen bei Herz-Kreislauf-Erkrankungen ein.
- **Ungewollt Schwangeren möchten wir bestmöglich helfen und die unzureichende Versorgungslage verbessern.** In allen Bundesländern soll in die Ausbildung der Gynäkologinnen und Gynäkologen der Schwangerschaftsabbruch in die Ausbildung integriert werden. Allen Frauen soll die Kostenübernahme des Abbruchs ermöglicht werden. **Existierende Möglichkeiten medikamentöser Abbruchmethoden sollten Schwangeren besser zugänglich gemacht werden und z.B. medizinisches Personal und Hebammen begleitet werden können.** Eine Reform der Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch (§§218, 218a StGB) soll im Wege von sog. fraktionsübergreifenden Gruppenanträgen mit Gewissensfreiheit für jede Abgeordnete und jeden Abgeordneten im nächsten Bundestag beraten werden.
- Der Mutterschutz gehört reformiert. Wir setzen uns für einen flexiblen und freiwilligen **Mutterschutz für selbständige** Frauen ein. (...) Wir setzen uns dafür ein, dass auch Frauen, die eine **Fehlgeburt vor der 24. Schwangerschaftswoche erlitten haben, einen gestaffelten Mutterschutz** in Anspruch nehmen können.
- Wir fordern ein **modernes Fortpflanzungsmedizinengesetz**. Dies soll die Legalisierung der Eizellspende sowie die Klarstellung, dass die Embryonenspende zulässig ist, beinhalten. Wir wollen außerdem die nicht-kommerzielle Leihmutterchaft ermöglichen mit einem klaren Rechtsrahmen und eine bessere finanzielle Förderung von Kinderwunschbehandlungen, unabhängig von Familienstand oder sexueller Orientierung.
- In der ambulanten Versorgung setzen wir uns für ein Primärarztsystem ein: Hausärztinnen und Hausärzte sollten die erste Anlaufstelle für Patientinnen und Patienten sein. **Zu einer Stärkung der flächendeckenden ambulanten Versorgung gehört für uns auch, dass die ungekürzte Vergütung aller Gesundheitsberufe leistungsgerecht erfolgen muss.**
- *Folgende Forderung wurde nachgereicht und ist nicht Teil des offiziellen Wahlprogrammes, aber auf der Webseite zu finden:* **Hebammenversorgung flächendeckend sichern:** Wir setzen uns dafür ein, dass **Frauen** vor, während und nach der Geburt **ausreichend von Hebammen versorgt werden**. Auch bei Schwangerschaftsabbrüchen und Fehlgeburten soll eine umfassende Betreuung gewährleistet sein. Um den Fachkräftemangel zu bekämpfen, fordern

wir **bessere Arbeitsbedingungen auf Geburtsstationen, einen verbesserten Betreuungsschlüssel sowie die Entlastung von Bürokratie und anderen Tätigkeiten. Freiberufliche Hebammen wollen wir vor unverhältnismäßig hohen Versicherungskosten schützen.** Zudem setzen wir uns für eine bessere Versorgung mit Kinderärzten und die **Dynamisierung der Frühen Hilfen** ein. **Gewalt in der Geburtshilfe** muss bekämpft werden. Frauen haben das Recht auf eine respektvolle, selbstbestimmte Geburt. Werdende Mütter sollen besser über ihre Rechte informiert und Hebammen besser eingebunden werden. (<https://www.fdp.de/forderung/hebammenversorgung-flaechendeckend-sichern>)

Linke

- Um eine partnerschaftliche Aufteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit zwischen den Elternteilen zu fördern, wollen wir für den zweiten Elternteil 28 Tage **Elternschutz** (ab Geburt des Kindes) einführen.
- Selbstständige Schwangere brauchen eine faire finanzielle Absicherung. Wir setzen uns für eine **gesetzliche Verankerung des Mutterschutzes und der Mutterschutzleistungen für Selbstständige** ein.
- Eine grundsätzliche Reform des Gesundheitswesens ist dringend notwendig. Auf dem Land bricht die medizinische Infrastruktur weg und Patient*innen müssen oft stundenlange Wege in Kauf nehmen. **Geburtshilfe und lebensrettende Notfallversorgung sind nicht flächendeckend gewährleistet.**
- Für eine **gesetzlich vorgeschriebene Personalbemessung**, bei der es am Ende auch mehr Personal gibt, für Schichtpläne ohne Stress.
- Apotheker*innen, Pflegekräfte, Therapeut*innen (Heilmittel), **Hebammen**, medizinische Fachangestellte und Notfallsanitäter*innen bringen ihre speziellen Kompetenzen mit und sind für eine gute Versorgung unentbehrlich. Sie sollen stärker eigenverantwortlich behandeln und versorgen können. Wir wollen die Befugnisse der Heilberufe ausweiten und eine flächendeckende Versorgung gewährleisten.
- Wir fordern **flächendeckend niedrigschwellige Beratungs- und Unterstützungsangebote für** Pflegekräfte, Rettungssanitäter*innen und weitere **belastende Gesundheitsberufe.**
- **§ 218 StGB muss ersatzlos gestrichen werden.** Die Versorgungslage ungewollt Schwangerer muss deutschlandweit verbessert werden.
- **Selbstbestimmung bei der Geburt:** In einigen Regionen ist die Wahlfreiheit bei der Geburt nicht mehr möglich, da die klinische Geburtshilfe zentralisiert wurde oder die freiberufliche Geburtshilfe weggefallen ist. Natürliche Geburten sind weniger profitabel, die Kaiserschnitttrate ist deshalb drastisch erhöht. Ohne eine wohnortnahe Versorgung werden Kinder ggf. unterwegs geboren. Wegen Personalmangel und Überlastung müssen oft mehrere Geburten gleichzeitig betreut werden müssen. **Wir fordern eine flächendeckende gute Versorgung in der Geburtsmedizin und Geburtshilfe.**

BSW

- **Geburtskliniken und Hebammen-geführte Kreißsäle** dürfen nicht in unerreichbarer Ferne liegen, sondern müssen **wohnortnah zur Verfügung stehen.**
- Die freie, selbstbestimmte Entscheidung über den eigenen Körper und darüber, ein Kind zu haben oder nicht, muss garantiert sein. Das BSW fordert die **grundsätzliche Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs bis zur 12. Woche.**

AFD

- In der stationären Versorgung hat sich das DRG-Fallpauschalensystem nicht bewährt. Ständige Anpassungen konnten die Grundprobleme, wie das Setzen von finanziellen Fehlanreizen und enormer bürokratischer Aufwand, nicht beseitigen. Auch die anstehende Krankenhausreform ist nicht geeignet, diese Probleme zu lösen. **Notwendig ist die vollständige Abschaffung der Fallpauschalen und mittelfristig die Rückkehr zu individuellen Budgetvereinbarungen zwischen den Krankenhäusern und den Spitzenverbänden der GKV auf Landesebene.**
 - Personalbemessung nur für Pflege aufgeführt
 - **Reform oder Austritt aus der WHO**
 - *Thema Geburt unter anderem mit Fokus Geburtensteigerung:* Durch eine aktivierende Familienpolitik strebt die AfD eine **Geburtensteigerung** und damit die demografische Wende in Deutschland an, die nicht nur das individuelle Glück der Eltern, sondern auch unsere Kulturweitergabe sicherstellt und die Sozialsysteme stabilisiert.
 - *Unter anderem mit der Forderung:* Durch soziales Marketing sollen Paare ermutigt werden, ihre Kinderwünsche zu erfüllen.
 - *Unter der Überschrift Willkommenskultur für Kinder:* Durch die Befruchtung wird aus der Eizelle ein menschlicher Embryo. Das Lebensrecht des ungeborenen Kindes steht aber einem Wunsch der Mutter auf Abtreibung diametral entgegen. **Aus Sicht der AfD sind die Regelungen der §218 ff StGB ausgewogen und bedürfen keiner Änderung,** lediglich einer konsequenten Umsetzung. **Insbesondere ist vor der Abtreibung eine rechtskonforme Beratung lt. §219 StGB erforderlich.**
 - *Die daraus resultierende Forderung:* Wir setzen uns dafür ein, dass Mütter umfangreiche Unterstützung in der Schwangerschaft und nach der Geburt erhalten, insbesondere in schwierigen Lebenslagen. *(Also Forderung zum Bereich Willkommenskultur für Kinder/Abtreibung, bei den gesundheitspolitischen Forderungen nicht adressiert.)*
- Weitere Forderungen in diesem Bereich:*
- Während der Schwangerschaftskonfliktberatung sollen den Müttern Ultraschallaufnahmen des Kindes gezeigt werden, damit sie sich über den Entwicklungsstand des Kindes im Klaren sind.
 - Wir wollen die Möglichkeiten der anonymen bzw. vertraulichen Geburt weiter ausbauen und stärken sowie die Verfügbarkeit von Babyklappen sicherstellen und Adoptionen erleichtern. (...)
 - Bezahlte Leihmutterschaft ist eine Form von Kinderhandel. Dies lehnen wir ab.

Der Deutsche Hebammenverband e. V. (DHV) ist ein Bundesverband und setzt sich aus 16 Landesverbänden zusammen. Mit rund 22.000 Mitgliedern ist der DHV der größte Hebammenberufsverband in Deutschland und vertritt die Interessen aller Hebammen. In ihm sind angestellte und freiberufliche Hebammen, Lehrer*innen für Hebammenwesen, Hebammenwissenschaftler*innen, Hebammen in den Frühen Hilfen, hebammengeleitete Einrichtungen sowie Hebammenschüler*innen und Studierende vertreten. Über die berufliche Interessenvertretung hinaus ist eine gute medizinische und soziale Betreuung der Frauen und ihrer Kinder vom Beginn der Schwangerschaft bis zum Ende der Stillzeit das zentrale Anliegen des Deutschen Hebammenverbandes. Als Mitglied in der European Midwives Association (EMA), im Network of European Midwifery Regulators (NEMIR) und in der International Confederation of Midwives (ICM) setzt sich der Verband auch auf europäischer und internationaler Ebene für die Stärkung der Hebammenarbeit sowie die Gesundheit von Frauen und ihren Familien ein.

Kontakt

Deutscher Hebammenverband e.V.

Büro Berlin

Lietzenburger Straße 53

10719 Berlin

T. 030-39406770

info@hebammenverband.de

hebammenverband.de